

Angst vor den Boomern?

## Das auffällig laute Schweigen der Union zum teuren Rentenpaket der SPD

SPD-Sozialministerin Bärbel Bas hat erste Teile ihres Rentenpakets auf den Weg gebracht. In der Wirtschaft regt sich Unmut angesichts der enormen Kosten und des Stillhaltens der Union. Tut sie das auch deshalb, weil „sie Angst vor den Boomern hat“?

Unternehmer verlieren in der Rentenpolitik die Geduld mit der Union. Viele haben wenig Verständnis dafür, dass die Partei von Kanzler Friedrich Merz (CDU) die Sozialdemokraten bei ihren teuren Plänen nicht stoppt. „Falls wir nicht jetzt gegensteuern, sieht es düster aus“, sagt Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU. Angesichts des Sofortprogramms der Koalition dürften „Sündenfälle der Vergangenheit“ keineswegs wiederholt werden.

Steiger warnt davor, dass teure Rentenversprechen zum Schaden der Beitragszahler aufaddiert werden. In seiner Kritik wendet sich der Wirtschaftsrat, der nicht direkt zur Partei gehört, wohl aber mit ihr nahestehenden Unternehmern besetzt ist, keineswegs nur gegen Sozialministerin Bärbel Bas (SPD), sondern auch gegen CDU und CSU. „Wie können Union und SPD nur auf die Idee kommen, dass noch höhere Sozialabgaben und perspektivisch noch höhere Steuern dem Arbeitsmarkt und unserer gebeutelten Wirtschaft helfen?“, fragt Steiger.

Allein das nunmehr geplante Vorziehen der höheren Mütterrente um ein Jahr wird laut Bundesregierung fünf Milliarden Euro kosten. Zudem lässt die Festschreibung des Rentenniveaus ohne Erhöhung des Eintrittsalters die Beiträge in den kommenden Jahren noch stärker als ohnehin schon ansteigen. „Das dürfen wir nicht zulassen“, sagt Steiger.

Um die Koalitionsspitzen noch zum Kurswechsel zu bringen, kommt der Vorstoß des Unternehmervereins allerdings reichlich spät. Sozialministerin Bärbel Bas (SPD) hat Ende Juni bereits erste Teile ihres Rentenpakets auf den Weg gebracht, ohne große Widerstände beim Koalitionspartner. Wirkliche Reformen sind darin nicht enthalten. Dafür aber die kostspielige Garantie, dass die Renten in den nächsten Jahren weiter in dem gleichen Tempo steigen wie die Löhne. Zudem steht darin die vor allem von der CSU verlangte Aufstockung der Mütterrente.

Noch sind die Gesetzesänderungen zwar nicht beschlossen. Da das Paket letztlich aber auch Projekte der CDU beinhalten soll – nämlich die Aktiv- und die Frühstartrente – sollte es in der Regierung niemand mehr aufhalten. Dass gerade die CDU die SPD-Pläne mitträgt, sorgt in der Wirtschaft für ungläubiges Staunen.

An Warnungen mangelt es nicht. „Das strukturelle Problem bleibt ungelöst“, warnt Jochen Pimpertz Rentenexperte beim arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). Durch die Pläne von Bärbel Bas werde eine ohnehin schon bestehende Ungerechtigkeit zwischen den Generationen nur um weitere Jahre verlängert: Wer nach 2031 in Rente geht, erhält bei gleicher Erwerbsbiografie weniger als jemand, der vorher in den Ruhestand wechselt.

Es sind Argumente, die vor wenigen Monaten noch genau so von Unions-Po-

litikern wie CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann oder CSU-Chef Markus Söder geäußert wurden. Nun allerdings herrscht in der Union eine auffällig laute Stille. Anfragen von WELT an die arbeitsmarktpolitischen Sprecher von CDU und CSU bleiben unbeantwortet. Offenbar will man das Thema dort einfach nur möglichst schnell vom Tisch haben.

Auf der Themenliste von Friedrich Merz nimmt die Rente offenbar einen nachgeordneten Platz ein. „Das sind Zahlen, die ich nicht kenne“, musste der Kanzler vor wenigen Tagen in der ARD-Sendung „Maischberger“ einräumen, als ihn die Moderatorin auf die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung und die künftigen Zusatzlasten in Milliardenhöhe ansprach.

Nur gelegentlich üben sich einzelne in der CDU noch im Widerstand – zum Ärger der SPD. Als Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) für ein höheres Renteneintrittsalte plädierte, regte sich sofort Widerstand beim Koalitionspartner. Die Wirtschaftsministerin verkenne die Realität, sagte die SPD-Sozialpolitikerin Dagmar Schmidt. Ein höheres Eintrittsalter sei eine „zutiefst ungerechte“ Rentenkürzung. Ähnlich sehen es die Sozialverbände und Gewerkschaften, denen ein großer Einfluss auf die Arbeit von Sozialministerin Bas nachgesagt wird.

Für Debatten in- und außerhalb der eigenen Partei sorgte auch die Kritik von Johannes Winkel, Chef der Jungen Uni-

on (JU). Er sagte, die Bundesregierung sei generell nicht mutig genug. „Die Politik hat Angst vor der Boomer-Generation“, so Winkel. Tatsächlich sind bereits heute mehr als 20 Prozent der Wähler im Rentenalter, Tendenz steigend. Zählt man die Boomer-Generationen dazu, sind es weit mehr als ein Viertel. Winkel plädiert angesichts der überalternden Gesellschaft für einen „neuen Generationenvertrag“.

Aktuell kommen noch 2,1 Beitragszahler auf einen Rentner. Wenn die Babyboomer nicht mehr arbeiten, könnten es 2035 nur noch 1,7 sein. Nicht nur das Verhältnis von Beitragszahlern zu Empfängern läuft in die falsche Richtung. Auch die Steuer-Milliarden, die für Pensionen und Hinterbliebenenversorgung (63,4 Milliarden Euro im Jahr 2023) sowie Zuschüsse an die Rentenkasse (112,4 Milliarden Euro im Jahr 2023) fließen, erreichen immer neue Höhen. Das entsprach in Summe schon damals

38 Prozent der gesamten Haushaltsausgaben, in der Zwischenzeit dürfte der Anteil weiter gestiegen sein.

Als Gegenmaßnahmen stellte der Wirtschaftsrat der CDU fünf Forderungen auf. „Zusätzliche Rentengeschenke“ wie der Ausbau der Mütterrente oder die Festschreibung des Rentenniveaus, müssten unterbleiben. Auch die Grundrente und die Garantie, nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente zu gehen, sollten der Einschätzung zufolge abgeschafft werden, um den Anstieg der Beiträge „halbwegs im Zaum zu halten“.

Zudem müsse, wie in anderen Ländern, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt werden und der frühere Renteneintritt durch höhere Abschläge unattraktiver werden. Außerdem will der Wirtschaftsrat das Konzept der „Aktienrente“, das die FPD in der vergangenen Legislatur aufbrachte,

einführen und die Riester-Rente durch mehr Investitionen in Aktien reformieren.

Das sind alles Punkte, die so oder so ähnlich schon in der Vergangenheit aus der Wirtschaft kamen. Dies ändert nichts daran, dass sich zum wiederholten Mal eine Rentenkommission mit den Ansätzen beschäftigen soll. Diese wird allerdings erst im kommenden Jahr ihre Arbeit aufnehmen und dann Vorschläge unterbreiten für die Zeit nach 2030. Für die laufende Legislatur sind die Ideen schon nicht mehr relevant.

**Jan Klauth ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet über Arbeitsmarkt-Themen, Bürgergeld, Migration und Sozialpolitik sowie Karriere-Themen.**

Wörter:	936	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Jan Klauth	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Wirtschaft		
Rubrik:	Wirtschaft		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	<a href="https://www.welt.de/wirtschaft/plus256364974/angst-vor-den-boomern-das-auffaellig-laute-schweigen-der-union-zum-teuren-rentenpaket-der-spd.html">https://www.welt.de/wirtschaft/plus256364974/angst-vor-den-boomern-das-auffaellig-laute-schweigen-der-union-zum-teuren-rentenpaket-der-spd.html</a>		
Urheberinformation:	(c) Axel Springer SE		

**Abbildung:** Kanzler Friedrich Merz (CDU): „Das sind Zahlen, die ich nicht kenne“

**Fotograf/-in:** picture alliance/SZ Photo/Mike Schmidt

**Fotograf/-in:** picture alliance/SZ Photo/Mike Schmidt